

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Mai 2009

59. Jahrgang, Nr. 679

## **Zum einen Dank für Erreichtes, zum anderen Nachbesserungen gefordert Bundesvorstand übergibt bei Gedenkstättenbesuch Brief an Kanzlerin Merkel**

Am 5. Mai besuchte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die Gedenkstätte für die Stasi-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen. Damit fand erstmals ein offizieller Besuch eines Kanzler bzw. einer Kanzlerin an dieser Stätte statt. Unter Anwesenheit von Dr. Hubertus Knabe und anderen Persönlichkeiten sowie von geladenen Zeitzeugen ließ der Bundesvorstand der VOS Frau Merkel einen Brief überreichen, in dem präzise formulierte Vorstellungen des Opferverbandes für weitere Nachbesserungen der bestehenden Regelung für anerkannte ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes festgehalten sind. Lesen Sie nachstehend den Inhalt des Briefes.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

herzlichen Dank für Ihr Interesse an dem Schicksal der ehemaligen politisch Verfolgten des SED-DDR-Systems, das Sie mit Ihrem heutigen Besuch in der ehemaligen U-Haftanstalt der Stasi in Hohenschönhausen unterstrichen haben.

Erlauben Sie uns, Ihnen aus diesem Anlass unsere wichtigsten Anliegen mit der Bitte um entsprechende Würdigung und Berücksichtigung durch die Bundesregierung vorzutragen:

1. Die große Koalition hatte die Beweislastumkehr im Anerkennungsverfahren von in der DDR-Haft entstandenen Gesundheitsschäden beschlossen; dies ist noch nicht umgesetzt.
2. Ihre Regierung hat dankenswert eine Verbesserung für die ehemals aus politischen Gründen Inhaftierten mit der Novellierung des Rehabilitierungsgesetzes durchgesetzt. Die dort festgelegte Bindung an eine soziale Bedürftigkeit trifft hingegen auf Unverständnis und berechtigten Unmut. Sie widerspricht einer vorbehaltlosen Anerkennung durchlittener Leiden und erwiesenen Widerstandes gegen ein diktatorisches System. Gegenwärtig müssen sich Betroffene schämen, diese Zahlung überhaupt zu erwähnen, da sie damit ihre soziale Bedürftigkeit dokumentieren. Die weiterhin beschlossene Ehrenpension für ehema-

lige Minister der letzten DDR-Regierung für eine gutbezahlte Dienstzeit von maximal fünfeneinhalb Monaten widerspricht eklatant der Mindestfrist von sechs Monaten Haftzeit für politisch Verfolgte und in ihrer Betragsgestaltung der notwendigen Gerechtigkeit.

3. Die Leugnung von Verbrechen durch das NS-Regime wurde nachvollziehbar strafbewehrt, um nicht zuletzt die Würde der Opfer zu wahren. Hingegen ist es nach wie vor zulässig, Verbrechen des Kommunismus bzw. des SED-Stasi-Systems zu leugnen und auf diese Weise deren Opfern erneuter Demütigung und Diffamierung auszusetzen. Wir halten diesen Zustand für unerträglich und bitten Sie um entsprechende Initiativen der Bundesregierung.

Für Ihr Verständnis bedanken wir uns hoffnungsvoll im Namen der Betroffenen!

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rink

Carl-Wolfg. Holzapfel

Hugo Diederich

Bundesvorsitzender

stv. Bundesvorsitzender

stv. Bundesvorsitzender



Johannes Rink (l.) u. Carl-Wolfgang Holzapfel

Kurz vor Drucklegung der Fg-Ausgabe 678 gerieten VOS-Bundes-Vorstand und Redakteur noch erheblich unter Druck, da, wie berichtet, die Unterlassungsverfügung eines Hamburger Anwalts eingegangen war, um die weitere Nennung des Klarnamens eines Ehepaares in der Fg und im Internet zu verhindern. Es ging um einen Beitrag unserer Kameradin Ellen Thiemann. Da durch verschiedene zeitliche Probleme derselbe Beitrag noch einen Tag nach Ablauf der äußerst knapp gestellten Frist im Internet zu finden war, lag bereits einen Tag nach Fristablauf eine Zahlungsaufforderung von dreimal 5.000 Euro bei unserem Anwalt in Köln auf dem Tisch. Dies wäre, berücksichtigt man weitere Kosten wie die Anwaltgebühren, zu guter Letzt eine Summe geworden, an der wir schwer zu tragen gehabt hätten. Durch die Verhandlungen des von uns beauftragten Anwalts konnte dann jedoch das Größte abgewendet werden. Dennoch stehen nun immer noch Kosten für uns an, für die wir weiterhin um die Spenden der Kameradinnen und Kameraden werben möchten.

Im Angesicht all dieser Aufregungen bitte ich auch um Verständnis, wenn bei der Entstehung und Bearbeitung der Fg 678 nicht alles glatt gelaufen sein sollte und auch das Erscheinen sprichwörtlich auf den letzten Tag des Monats fiel.

Attacken, wie sie hier gegen uns – damit meine ich die gesamte Opfergruppe der kommunistischen

Gewaltherrschaft – gefahren wurden, gehen keineswegs spurlos an einem vorüber. Dies beziehe ich nicht nur auf die finanzielle Bedrohung, die für eine Privatperson bereits zum Ruin führen kann, sondern es hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass einem anhand solcher Situationen vorgeführt wird, was in unserem Staat inzwischen Recht und Unrecht ist, und dass man auch begreift, wo wir heute politisch stehen. Denn die Rückendeckung für derartige Attacken leitet sich nicht nur aus den Feinheiten ab, die unser Rechtssystem bietet, sie resultiert zweifellos auch aus dem Erstarken eines linken politischen Blocks.

### *Auf ein Wort des Redakteurs*

Auch für Ellen Thiemann, die sich seit Langem intensiv um die Aufarbeitung der SED-Diktatur bemüht und immer wieder kleine und größere Täter und Helfer des SED-Regimes beim Namen nennt, ist diese Affäre nicht so leicht zu verkraften gewesen. Letztlich jedoch hat dieser Angriff auf unsere VOS doch auch etwas Gutes mit sich gebracht, denn Vorstand, Redakteur und die sonstig Involvierten haben bewiesen, dass wir zusammenstehen und uns aufeinander verlassen können.

Wie man dieser neuen Fg-Ausgabe entnehmen kann, fand nun im Mai die offizielle Auflösung des zweiten

Opferverbandes, des BSV, statt. Dies mutet einerseits recht traurig an, denn dieser Verband hat während seines 20-jährigen Bestehens gute und wichtige Arbeit geleistet, er hat Kontakt mit der VOS gehalten und es gab auch Kameraden, die eine Mitgliedschaft in beiden Verbänden für wichtig erachtet hatten.

Wir erinnern uns jedoch des lange zurückliegenden Mitgliederbeschlusses zur Zusammenlegung der Verbände. Es wurden Diskussionen um die rechtliche Fassung eines solchen Schrittes geführt, und auch die Namensvariante war ein umstrittenes Thema. Bereits vor der Auflösung waren Mitglieder aus dem BSV ausgetreten und zur VOS gekommen. Nun wird der Bundesvorstand der VOS sicherlich auch anderen BSV-Kameraden den Eintritt in unseren Verband anbieten. Somit darf ich jenen, die sich für einen solchen Schritt entscheiden, mitteilen, dass sie bei uns willkommen sind und ihnen versichern, dass die VOS weiter an der Durchsetzung der Interessen und Ziele der Stalinismus-Opfer arbeiten wird. Unser Verband gehört zu denen, die eine lange Tradition haben. Große Politiker waren bei uns zu Gast und große Erfolge wurden – oft genug nach mehreren Anläufen – von uns erreicht. In 2010 blicken wir auf die Verbandsgründung vor 60 Jahren zurück, und bald erwarten wir das Erscheinen der 700. Ausgabe unseres Verbandsorgans Freiheitsglocke.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

---

---

## **Chance genutzt, Resonanz gefunden**

*Der Bundesvorstand der VOS nutzte die Gelegenheit, sich im Zuge einer Ausstellungseröffnung im Potsdamer Rathaus an Ministerpräsident Platzeck zu wenden, um eine neue Variante des Stasi-Beauftragten im Land Brandenburg vorzuschlagen. Mittlerweile steht der Vorschlag vor seiner Umsetzung. Nachstehend der Brief.*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, an der vorgenannten VA hatte ich für die Opfer des Stalinismus (VOS) als deren stv. Bundesvorsitzender und für die Vereinigung 17. Juni als Vorsitzender teilgenommen. Wir haben mit großer Zustimmung Ihre Ankündigung zur Kenntnis genommen, nach der die Schaffung einer geeigneten Ansprechstelle für die Opfer der SED-Diktatur ernsthaft geprüft werden sollte. Dabei können wir uns vorstellen, dass Sie mit dieser Idee erneut auf Schwierigkeiten stoßen könnten, die auch bisher die Berufung eines Landesbeauftragten in Brandenburg verhindert haben. Da von den Laudatoren auf der fraglichen Ausstellung auch das Thema der Einbeziehung der alten

Länder in ein flächendeckendes Gesamtkonzept angesprochen wurde, möchten wir Ihnen vorschlagen, abweichend von der bisherigen Handhabung einen „**Beauftragten für Gesamtfragen aus dem SED-DDR-Unrecht**“ zu ernennen. Dieser könnte sich sowohl der Beratung ehemaliger Verfolgter und daraus resultierender Fragen annehmen wie auch geeignete Informations- und Bildungsveranstaltungen zum genannten Themenkomplex initiieren und anbieten.

Mit einer solchen Lösung wäre es u. E. auch möglich, bisherige Kritiker in Ihrem Land einzubinden und mit der Schaffung einer solchen Stelle gleichzeitig eine Brücke in die alten Länder zu bauen, die ein ähnliches Konstrukt übernehmen könnten. Brandenburg könnte aus seiner bisherigen Abstinenz dieser Problematik gegenüber ein positives Beispiel für die Fortentwicklung der bisherigen und nach wie vor notwendigen Aufarbeitung der jüngsten Geschichte schaffen.

*Johannes Rink  
Bundesvorsitzender*

*Carl-Wolfgang Holzapfel  
Stv. Bundesvorsitzender*

*Ann. d. Red.: Meinungen und Fakten hierzu in dieser Fg.*

# In dieser Ausgabe:

## **Titelseite:**

Ein Brief an die Kanzlerin

## **Redaktionsthema:**

Justiz: Angriff und Verteidigung. BSV aufgelöst 2

### **WICHTIGES THEMA**

**NICHT NUR NS- DIKTATUR AUFARBEITEN**

**AUCH MITVERANTWORTUNG UND AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR GEFORDERT**

*EIN APPELL MIT 77 UNTERZEICHNERN AN DIE SCHAUSPIELERIN IRIS BERBEN*

9

## **LStU-Beauftragter in Brandenburg:**

Initiative und Vorschlag der VOS 2

## **Ausgewogenheit und Geschichtsbewusstsein sind unabdingbar**

Was wir von einem Beauftragten für die Opfer beider Diktaturen erwarten 4

## **Edda Ahrberg bleibt ein guter Vorschlag**

Potsdamer Forum lädt Gerhard Ruden ein 4

## **Die Aufgabe wird nicht leicht**

Wolfgang Stiehl über den Spagat bei der Betreuung zweier Opfergruppen 5

## **Die Mühen mit der „kleinen DDR“**

Weitere Meinung zum Thema Diktatur-Beauftragter in Brandenburg 6

## **Brüsewitz-Forum bei der Naumann-Stiftung mit viel Resonanz**

6

## **Auch ausländische Staatsgäste hierher führen**

Die Kanzlerin in der Opfer-Gedenkstätte 7

## **Die VOS steht den Kameraden offen**

Opferverband BSV wurde aufgelöst 8

## **Die Würde des Menschen ist unverletzlich**

Bezirksgruppe Prenzlau mit Gedenkveranstaltung 8

## **Nach der Übersiedlung kamen Freiheit und Wohlstand**

*Über einen Neustart nach der Haft* 10

## **Rückblick: Vor 25 Jahren „reduzierte Olympische Spiele“ in Moskau**

10

## **Wieder ein gelungenes Treffen mit vielen guten Redebeiträgen**

*Berichte vom 13. LStU-Kongress in Erfurt* 12/13

## **Ein Rechtsstaat, den es nie gab**

14

## **Der gerade schwere Weg**

Über das neue Buch von Wolfgang Welsch 14

## **Neuer Gesetzentwurf zur Ehrenpension**

15

## **Zum Tod des Dichters Günter Ulmann**

15

## **Die Diktatur vor 25 Jahren**

15

## **Gedenktag für alle Diktaturopfer in Aussicht**

15

- Auszeichnungen 7

- Denkmäler, Führungen, Gedenkstätten 9

- Zeitzeugensuche 11

- Korrektur zu Fg 678 13

- Verstorbene 15

- Termine, Veranstaltungen, Impressum 6, 11, 16



**Dass zur Gewährung von Freiheit und Demokratie ein umfassendes Bildungssystem gehört, das auch die Wahrheit über die SED-Diktatur hinreichend vermittelt, unterstrich in einer Veranstaltung der Naumann-Stiftung in Potsdam die FDP-Politikerin Linda Teuteberg. Die Veranstaltung, in der auch der Fg-Redakteur Alexander Richter über die Bedeutung des Pfarrers Oskar Brüsewitz und Manfred Kruczek, langjähriger Stadtverordneter, über die Erziehung zu Hass und Unmündigkeit in der DDR referierten, war gut besucht und mündete in eine engagierte Diskussion.**

**Bericht Seite 6. (Foto: René Granzow)**

## **Spender für die VOS**

Hans-Ulrich Berndt, Helfried Reichel, Gerhard Buske, Helmut Pfeiffer, Werner Modrow, Brigitte und Georg Schwerdt, Hans-Gert Klein, Dr. Bernd Palm, Alexander Zimmer, Ruth und Joachim Stein, Rainer Buchwald, Karin und Wolfgang Seidel, Jürgen-Kurt Wenzel, Heinz-Günter Lohoff, Rolf Unger, Ursula Feustel, Ingobert Gebauer, Horst Krutzsch, Martin Minkewitz, Manfred Fenner

**Allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön. Jede Spende trägt bei, die VOS zu erhalten**

## **Das geht alle an!**

**Unterlassung gefordert, Klage angedroht –VOS weiter unter Druck**

**Wie der Berichterstattung in dieser und der vorigen Fg zu entnehmen ist, wird die VOS weiter durch die Androhung einer Klage finanziell stark unter Druck gesetzt. Allein die (eigenen) Anwaltsgebühren haben es in sich. Was aber wäre ein Opfer- und Widerstandsverband, der nicht versucht, wesentliche Positionen in der Geschichtsaufarbeitung (Namensnennung von IM u. ä.) zu verteidigen, zumal die großen Medien samt und sonders keine Veröffentlichungen mehr wagen?**

**Dabei gilt: Ohne Spenden und Solidarität geht hier nichts. Die Kameradinnen und Kameraden werden daher gebeten, die Aktion der VOS durch Spenden zu unterstützen.**

**Anbei ein Überweisungsträger**

# Diktatur-Beauftragter ja, aber bitte ohne unterschiedliche Wertung

*VOS erteilt der Politik keinen Freibrief für die Einrichtung einer Landesbeauftragten-Stelle*

Schauplatz Brandenburg: Nach fast zwei Jahrzehnten, in denen dieses Bundesland ohne Beauftragten für die Stasi-Opfer auskommen musste, wurde seit letztem Jahr die Diskussion um die Schaffung einer solchen Stelle ernst- und lebhafter. Dennoch zeichnete sich noch kein sichtbarer Weg zum Erfolg ab, sodass sich auch die VOS einschaltete und einen eigenen Vorschlag machte. In einem Brief an den Ministerpräsidenten hatte der Bundesvorstand vorgeschlagen, einen Beauftragten für Fragen aus der SED-DDR-Diktatur zu benennen, der sowohl die Betreuung von Verfolgten wie Aufgaben der Information und Bildung übernehmen könnte. Dies, so der Bundesvorstand, wäre auch ein denkbare Modell für die alten Bundesländer, in denen zahlreiche ehemalige Verfolgte wohnten.

Nun wurde der Begriff eines Diktatur-Beauftragten geprägt, der für beide Diktaturen verantwortlich sein solle und diese Variante wurde nach der ersten Beratung von den Medien und von der Mehrheit im Landesparlament favorisiert. Jedoch gibt es Betroffene, die dem „neuen Modell“, das sich vom VOS-Vorschlag unterscheidet, mit Skepsis begegnen.

So ist es zwar richtig, dass beide Diktatur-Opfergruppen stark leidgeprüft sind, jedoch hat die jüngste Geschichte gezeigt, dass es oft genug Vorbehalte gibt, wenn beide zusammenkommen. Man muss nun nicht wieder die Frage aufwerfen, inwieweit die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die ebenfalls die Opfer beider Diktaturen betreuen soll, dieser Aufgabe in angemessener Form gerecht wird. Etwa könnte man fragen, warum es im Zuchthaus Brandenburg, wo die Kommunisten unliebsame und auch unschuldige Gegner hinrichteten und bis Ende 1989 politische Häftlinge der DDR gequält wurden, immer noch keine Gedenktafel für diese Opfergruppe gibt, wohingegen für die NS-Opfer, zu denen sich auch Erich Honecker, ein hochgradig Mitverantwortlicher und Mitschuldiger für das SED-Unrecht, rechnete, eine große Gedenkstätte eingerichtet wurde.

Hinzu kommen Rivalitäten, Missverständnisse und Aufarbeitungsdefizite im Verhältnis der Opfergruppen zueinander. Immer wieder erle-

ben wir, dass die NS-Opfergruppen die Regierungs- und Existenzform der untergegangenen DDR nicht als Diktatur anerkennen – auch dies mit der Hintergrundmotivation ihrer Mitverantwortlichkeit bzw. Mitschuld. Die SED-Opfer der Nachkriegszeit werden schlicht als Nazis diffamiert und die späteren Regime-Gegner als Rechte und Faschisten abgetan. Nicht nur das verbrecherische Treiben des MfS wird als politisch notwendig gerechtfertigt und als gar nicht so schlimm dargestellt, sondern auch der stalinistische Terror, dem nach Kriegsende in Deutschland Tausende Unschuldige zum Opfer fielen.

Zudem betreibt die Linke systematisch eine Verharmlosung der Haftbedingungen in den DDR-Zuchthäusern. Man nehme nur den „Freizeit“-Haft-Report eines Egon Krenz, der sich in seinem jüngsten Buch so darstellt, als hätte er wirklich schwere Haftzeiten erlebt. Die VOS bietet Herrn Krenz, den Abgeordneten der Linken, aber auch den übrigen Mitgliedern des Brandenburgischen Landtages an, an einer Besichtigung in der Potsdamer Lindenstraße, wo sich die MfS-U-Haftanstalt befand, teilzunehmen. Gern können dazu Zeitzeugen hinzugezogen und in kurzen Auszügen Buchtexte verlesen werden. Vielleicht werden die Anwesenden dann begreifen, was das wirklich bedeutet: Haft. Man darf auch die Tatsache nicht außer Acht lassen, dass es gerade die NS-Geschädigten waren, die die Verfolgung und auch Vernichtung der ideologisch anders Denkenden eingeleitet haben. Wir erinnern uns, dass es in der DDR bereits Pläne für Internierungslager von ideologischen Feinden gab. Der Antifaschismus, wie ihn die DDR propagierte und wie er auch von den Nachfolgenerationen der direkten NS-Opfer begründet wurde, war eine Hauptsäule der politischen und auch der strafrechtlichen Argumentation. Es verwundert daher nicht, dass die MfS-SED-Lobby, die zum Teil auch in der Partei Die Linke integriert ist, die SED-Verfolgten und die Widerständler als deren Feinde ansieht und sie, allein aus taktischen Gründen, als Rechte oder Nazis hinzustellen versucht. Auf dem Weg der Parteipropaganda und oftmals

billigster Polemik wird versucht, die Demokratie der heutigen und der früheren Bundesrepublik zu beschädigen. Dies reicht bis zur Deckung und Rechtfertigung, aber auch der Vertuschung der kommunistischen Plattform und der autonomen Szene. Selbst Gewerkschaftsführer schüren mit speziellen Äußerungen potenzielle Aufruhre. Die Bilder, von Horror-Demonstrationen zeigen, dass hier finstere Gewalt kocht. Sie lehren uns das Fürchten.

Dies alles muss nicht heißen, dass das Modell eines Diktatur-Beauftragten nicht erfolgreich praktiziert werden könnte. Im Gegenteil, es wäre beispielgebend und die Möglichkeit einer gut tragenden Brücke. Allerdings müssen auf beiden Seiten dieser Brücke die Gewichte gleichmäßig verteilt sein, es muss gegenseitigen Respekt geben und es dürfen keine Benachteiligungen geben. Einen Diktatur-Beauftragten, der sich letztlich vorrangig für eine Opfergruppe verwendet und dies womöglich mit autoritär geschliffener Rhetorik verwischt, brauchen die SED-Opfer nicht, und einen solchen würde die VOS – unter den angeführten Voraussetzungen – nicht mittragen. *B. Thonn*

## **Thema LStU-Beauftragter Gerhard Ruden nimmt in Potsdam an Forum teil**

Erfreulicherweise werden nun auch im Land Brandenburg Meinungen über die Besetzung einer Landesbeauftragten-Stelle für die Opfer einer oder mehrerer Diktaturen geäußert. So lud das Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, zu einer Diskussion ein, zu der auch Sachsen-Anhalts standhafter LStU-Beauftragter Gerhard Ruden erschienen war. Dabei wurde auch über die Berufung eines Landes-Beauftragten für zwei Diktaturen diskutiert. Eindeutig war man der Meinung, dass es auch 20 Jahre nach dem Ende der DDR noch einen großen Betreuungsbedarf für Stasi-Opfer und Zeitzeugen der DDR gäbe. Diese Opfer und Widerständler hätten einen verantwortungsbewusst handelnden Ansprechpartner verdient. Da bisher immer noch keine wirkliche Entscheidung über die Besetzung einer Stelle getroffen war, wurde neben dem SPD-Politiker Hilsberg auch wieder Edda Ahrberg genannt. *T. Haltern*

# Der Landesbeauftragte für den Spagat der Betreuung der Opfer von zwei höchst unterschiedlichen Diktaturen?

*Dem Vernehmen nach, denken Brandenburgs Parlamentarier über die grundsätzlich ebenso wünschenswerte wie überfällige Installation eines Landesbeauftragten nach, den es in allen anderen „neuen Bundesländern“ schon seit weit mehr als 10 Jahren gibt. Und weil es nun mal schon so spät ist, soll dieser wohl auch andere Aufgaben haben, als die bereits vorhandenen LStU-Behörden.*

*Wolfgang Stiehl erwägt die Pro- und Contra-Argumente in dem nachfolgenden Beitrag.*

*Ich denke grundsätzlich: **Jedes Opfer jeder Diktatur ist ein Opfer zuviel.***

Diese Aussage teilen aber, aus welchen unterschiedlichen oder ähnlichen Gründen auch immer, nicht alle Diktaturopfer.

Zunächst einmal die Opfer der NS-Diktatur: Ihnen suggerierte die SBZ/DDR-Propaganda seit 1945 „*Jetzt sind Eure Peiniger, die Nazischergen in den weitergenutzten KZ und Zuchthäusern eingesperrt*“. Wer will es ihnen verdenken, wenn sie dies angesichts der erlittenen Verfolgung nur zu gern glaubten und entgegenstehende Informationen aus westlichen Medien als „Propaganda des Klassenfeindes“ abtaten?

Die Opfer der sowjetischen vorgeblichen „Nazi-Jäger“ wussten es aus eigener leidvoller Erfahrung besser. Sie haben daneben ihrerseits ebenso viele Vorbehalte gegen tatsächliche oder vorgebliche NS-Opfer, denen sie oftmals unhaltbare Denunziationsangaben zu verdanken hatten, oder von denen sie, wie von den Herren Ulbricht, Honecker und Co wissen, dass diese nun ihrerseits eine ebenfalls menschenverachtende Diktatur aufbauten, deren Strukturen inhaltlich denen der vorhergehenden NS-Diktatur sehr ähnelten. Man tausche doch nur die Begriffe braun, Hitler Jugend, Jungvolk, Wehrmacht, Gestapo, NSDAP, gegen die Begriffe rot, Freie Deutsche Jugend, Junge Pioniere, Volksarmee, Staatssicherheitsdienst, SED aus. Wohl gemerkt, die Strukturen – NICHT das von ihnen zu verantwortende höchst unterschiedliche Kriminalgewicht.

Im Fazit also, ein zutiefst verwurzeltes Misstrauen gegen die Opfer der jeweils anders motivierten und höchst unterschiedlich, verbrecherisch dimensionierten Diktatur. Politiker und Juristen ziehen ebenfalls, nur zu gern – aber völlig unberechtigt, wie ich meine – den Schluss, dass das Opfer der vom Kriminalgewicht wesentlich verbrecherischer zu beurteilenden Diktatur auch das in seiner Einzelperson schlimmer leidende Opfer gewesen sei. Nicht wenige Opfer, die in beiden Diktaturen gleichermaßen verfolgt waren, verneinen dies.

Einem gut geschulten Formal-Juristen ist durchaus noch zuzutrauen, dass er in einer Person die Opfer beider Diktaturen bezüglich der bestehenden Gesetzeslage völlig ebenbürtig ordentlich beraten kann. Wenn das ALLES ist, was der Landesbeauftragte für seine Klientel

tun sollte, könnte man der Installation eines Landesbeauftragten für die Opfer beider Diktaturen durchaus positiv gegenüber stehen. Die Frage ist also, erschöpft sich die Aufgabe des Landesbeauftragten in der formalen Gesetzesinterpretation?

Dies zu bejahen würde heißen, es gibt keine Ungleichbehandlung der Opfer der beiden Diktaturen vor dem Gesetz, es gibt keine Notwendigkeit der Gesetzesnovellierung und es gibt keine zulässige Verherrlichung der kommunistischen (oder realsozialistischen) Diktatur und keine straflose Verunglimpfung und Beleidigung der Opfer dieser Diktatur – und damit keinen diametralen Gegensatz von Strafandrohung und Straffreiheit zur gleichartigen Handlung gegenüber Opfern der NS-Diktatur. Wenn es aber die genannten Defizite und Gegensätze gibt (wie jeder sehen Wollende auch sehen kann), dann steht für uns schon die Frage, welche Person/ Institution könnte in der

Lage sein, für so unterschiedliche Interessen auch nur einigermaßen gerecht einzutreten? Die Ausnahme ist bekanntlich die Bestätigung der Regel. Es gibt durchaus Vereine oder Gruppierungen, die sich der Befindlichkeit der Opfer beider Diktaturen annehmen („Freiheit und Recht“ „Für Demokratie – Gegen Vergessen“ um nur zwei zu nennen) aber selbst dort herrscht durchaus nicht immer Gleichgewicht der Meinungen und Handlungen – und sie sind mitgliederzahlenmäßig nicht adäquat der Opfervielzahl.

Auch eine einigermaßen ausgewogene Gedenkstättenausstattung für die Opfer unterschiedlicher Diktaturen/ Diktaturbereiche wie z.B. im „Roten Ochsen“ in Halle, an der Vertreter beider Opfergruppen in Halle über 10 Jahre in zäher Diskussion – aber mit der Motivation von etwas gutem Willen mitwirkten, können gelingen. Dennoch gibt es auch dazu mehr Negativbeispiele.

Ich denke, eine „gerechte Vertretung der Belange der beiden Opfergruppen ist, solange die Opfer in ihrer Pluralität der Auffassungen zueinander noch leben – äußerst schwierig realisierbar.

Deshalb – so meine Meinung – sollte ein solches Experiment nur unter der Voraussetzung gemacht werden, dass für diese Aufgabe wirklich Personalien eingesetzt werden, denen die Beherrschung eines solchen Spagats wirklich zugetraut werden kann. Sonst würde viel Porzellan zerschlagen

*Wolfgang Stiehl, Magdeburg*

## Diktatur-Beauftragter für die „Kleine DDR“?

*Der Kommentar*

Ich halte es für gefährlich und abträglich, im Bundesland Brandenburg einen Beauftragten zu ernennen, der zugleich für die Jahre 1933/45 und 1945/89 zuständig ist. Abgesehen von dem Streit und dem tiefen Misstrauen, was zwischen beiden Opfergruppen herrscht, ist leicht vorauszu- sehen, dass bei den politischen Konstellationen in diesem Bundesland ("Kleine DDR") ein "Diktaturbeauftragter" sich nach einigen Alibi-Aktionen fast ausschließlich um die Verfolgten der Jahre 1933/45 kümmern wird. Diese Opfergruppe aber, die in der DDR als "Opfer des Faschismus" anerkannt war und eine Sonderrente bezog, wurde in den 44 Jahren bis zum 9. November 1989 materiell und ideologisch ausgiebig gefördert. Der Preis dafür war die politische Gleichschaltung, mit der die Terrorjahre des Stalinismus als notwendig erachtet wurden. Selbst Wolf Biermann, dessen Vater im Konzentrationslager ermordet wurde, lobte diesen Terror, wenn er von der Verfolgung ehemaliger Nazis sprach: "...mit Stalins hartem Besen, dass rot verschrammt der Hintern ist, der vorher braun gewesen."

Ein "Diktaturbeauftragter", so schön das klingt, wäre in Bälde ein Beauftragter der Linkspartei, die sich diesen Posten unter dem Vorwand sichern wird, eine demokratische Partei ohne totalitäre Vergangenheit zu sein. Diese Partei hat ungeheure Geldmittel zur Verfügung, finanziert über die Luxemburg- Stiftung Zeitschriften, Buchreihen, Seminare, wobei mit dem Abstand der Jahre vergessen wird, dass die SED eine kriminelle Vereinigung war, die bis 3. Oktober 1990 hätte verboten werden müssen.

Leider hatte der Ex-Kanzler Helmut Kohl, der die Wiedervereinigung erst nach seiner Dresdner Reise im Dezember 1990, als ihm "das Volk" zujubelte, angestrebt hat, nicht den rechten Durchblick. Zwei Jahre zuvor noch hatte er Staatsgast Erich Honecker mit allen Ehren in Bonn empfangen.

Machen wir uns nichts vor: Ein Diktaturbeauftragter in Brandenburg wird unsere Hafterinnerungen auszulöschen versuchen oder abzuwerten!

*Dr. Jörg Bernhard Bilke*

## Fallstricke sind möglich

Die Sache mit dem doppelten Diktaturbeauftragten kann positiv wie negativ ausgehen. Hauptsächlich fürchte ich die Fallstricke, wenn einem eigentlich tüchtigen Beauftragten eines Tages mangelnde Sensibilität für NS-Opfer etc. vorgeworfen wird.

*Bernd Pieper, Bezirksgruppenvorsitzender Gruppe Detmold*

## Naumann-Stiftung lud zum Thema Brüsewitz ein *Geschichte und Gegenwart stehen im Zusammenhang*

Eine interessante Veranstaltung bot am 15. April die Naumann-Stiftung der FDP im Truman-Haus am romantischen Griebnitzsee in Potsdam-Babelsberg an. Fg-Redakteur Alexander Richter las aus seinem Buch über Oskar Brüsewitz und stellte noch einmal die Ursachen für die aufrüttelnde Selbstverbrennung im Jahr 1976 in Zeitz dar. Auch über die Folgen, die in hunderten Seiten von Stasi-Akten dokumentiert sind, referierte er ausführlich. Die knapp 100 Zuhörer folgten dem Vortrag mit großem Interesse, was sich in zahlreichen Fragen und einer tiefgehenden Diskussion, die vor allem Parallelen zum heutigen Bildungswesen aufzeigte, seinen Ausdruck fand.

Mit dem speziellen Wissen der Schulsituation im Bundesland Brandenburg leiteten die FDP- Politikerin Linda Teuteberg und der frühere Bürgerrechtler und langjährige Potsdamer Stadtverordnete des Bürgerbündnisses Manfred Kruczek in den zweiten Teil der Veranstaltung über, in dem noch einmal die ideologischen Zwänge in ihren detaillierten Maßnahmen benannt wurden. Mit dem Ziel, die Individualität der Menschen zu verhindern und eigenständiges Denken sowie das Erkennen und Festhalten an freiheitlichen Grundwerten im Keim zu ersticken, begannen Drill und Erziehung zum Untertanengeist bereits im Kindergarten.

Die Folgen dieses System zeigten sich bis heute, da von vielen Ex-DDR-Bürgern immer noch eine „Fürsorgementalität“ an den Tag gelegt werde. Fazit: Es ist wichtig an Menschen wie Oskar Brüsewitz zu erinnern und damit der Verharmlosung der Vergangenheit entgegenzuwirken.

*Dr. Alwin Haug*

## VOS-Zeitzeugen beantworteten viele Fragen

*Treffen am Inselfberg*

Vom 23. bis 26. April 2009 trafen sich ehemalige Internierte des sowjetischen Speziallagers 2 und ihre Angehörigen zum 16. Kameradschaftstreffen der Initiativegruppe Buchenwald 1945 - 1950 e.V. im Hotel "Zur guten Quelle" in Brotterode. Neben organisatorischen Belangen der Initiativegruppe, die beraten wurden, erlebten wir einen herrlichen Sonntag in Vierzehnheiligen und in Coburg.

Am 25. April fuhren einige Kameradinnen und Kameraden nach Buchenwald, um als Zeitzeugen an der Gedenkfeier anlässlich des Treffens der Beauftragten für die Stasi-Unterlagen teilzunehmen. Viele Fragen von den Teilnehmern der Tagung und den zahlreichen Gästen mussten wir beim Rundgang durch das Lager und im Museum beantworten.

Die vier Tage waren für uns alle ein schönes Erlebnis. Vom 16. bis 19. September 2010 findet unser nächstes Treffen statt.

*Rolf Staudte*

## „Wer Bautzen hört, denkt an den Knast“

Das ehemalige Stasi-Gefängnis steht als Gedenkstätte für Einzelbesucher und geführte Gruppenrundgänge offen. Zu sehen sind u. a. Haftzellen, der Arresttrakt und der Isolationsbereich, die Freiganghöfe und die Garagen mit den Gefangenen-transportwagen. In ständigen Ausstellungen wird die Geschichte der politischen Haft in beiden Bautzener Gefängnissen dokumentiert. Für Schulklassen gibt es eine Vielzahl an Projektangeboten.

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Donnerstag 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Freitag 10:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Samstag, Sonntag und an Feiertagen 10:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt frei

Öffentliche Führungen:

Freitag um 17:00 Uhr

Samstag, Sonntag und an Feiertagen um 14:00 Uhr

Die Führungen sind kostenfrei

Anmeldung für Führungen und

Schülerprojekte unter:

Tel./Fax: 0 35 91 / 4 04 74



## Die Lebensläufe gegenseitig erzählen

*Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte Stasi-Opfer- Gedenkstätte in Hohenschönhausen. VOS-Bundesvorstand ließ Brief mit Fragen der SED-Opfer überreichen*

Zunächst: Den Wenigsten dürfte aufgefallen sein, dass die Medien, die über den Besuch von Angela Merkel in Berlin-Hohenschönhausen vielfach von einer Stasi- Gedenkstätte sprachen bzw. schrieben. Wo es doch darum geht, der Leiden der Opfer der Staatssicherheit zu gedenken und nicht einem der hinterhältigsten volksfeindlichen Geheimdienste des vorigen Jahrhunderts. Dass man nun so lax und unverantwortlich mit der Sprache und der Geschichte umgeht ist nicht nur peinlich und oberflächlich, sondern es ist bereits der erste Schritt zur Geschichtsverfälschung, unter welcher die Wissensvermittlung an die Nachfolgenerationen und die Aufarbeitung derb leiden.

Eher aufgefallen dürfte sein, dass wir im Wahlkampf sind und der Besuch an der Stätte, die so unverdrossen von unserem Freund Dr. Hubertus Knabe verteidigt und in ihrer Bedeutung ausgebaut wird, sicherlich auch diesem zum Teil geschuldet war. Dennoch hatte man nicht den Eindruck einer Pflichtmaßnahme. Frau Merkel zeigte sich ehrlich interessiert, sie war beeindruckt und konnte, nicht zuletzt aus den Reihen der DDR- Bürgerbewegung stammend, ernst und kompetent über das Gesehene urteilen.

Zu den Auffälligkeiten gehörte auch die große Aufmerksamkeit, die der Besuch der Gedenkstätte in den Medien erfuhr. Von der Tagesschau bis zum Heute-Magazin widmete man dem Ereignis ungewöhnlich große Aufmerksamkeit, und so wurden bei vielen, die das Kapitel Staatssicherheit und politische Häftlinge inzwischen vergessen hatten, wieder neu geweckt. Der Schrecken der Vergangenheit stach bei manchem bitterer als man es vielleicht wahrhaben wollte. Hat doch im Zeichen einer allseits heraufbeschworenen Krise der Großteil der Mitmenschen seine Sorgen um ein haltbares Einkommen und den Erhalt des geschaffenen Wohlstands und wir doch, ob man's möchte oder nicht, an allem solange herumgedeutet, bis man denn auch gute Seiten an der DDR findet. Ganz unkritisch kann man den Besuch allerdings nicht sehen. Zum einen versuchen wir uns

zu erinnern, wann denn schon jemals ein Kanzler (eine Kanzlerin hatten wir vor Frau Merkel ja noch nicht) zu einem offiziellen Besuch in einer Gedenkstätte gewesen ist. Soweit das Gedächtnis reicht, noch gar nicht. Lediglich unser großer Kanzler Adenauer war es, der während seiner Amtszeit intensiv den Kontakt zu den ehemaligen politischen Häftlingen des kommunistischen Regimes führte. Auch von den Ministerpräsidenten der Bundesländer erleben wir bezüglich der Gedenkstätten noch nicht genügend Impulse. Gemeint sind nicht nur die Landesväter der neuen, sondern auch die der westlichen Länder. Grundsätzlich sollte man von der sich in Berlin und den anderen Städten und Stätten

**Auch beim Empfang von Regierungsvertretern aus anderen Ländern könnten solche (gemeinsamen) Besichtigungen Bestandteil des Protokolls werden**

bietenden Möglichkeit des Besuchs mehr Gebrauch machen. Auch beim Empfang von Regierungsvertretern aus anderen Ländern könnten solche (gemeinsamen) Besichtigungen Bestandteil des Protokolls werden. Allein zur Mahnung für jene Regierungschefs, die den Kommunismus nicht am eigenen Leib erfahren mussten und die heuer vielleicht mit ihm liebäugeln oder ihn verklären. Zugleich sind die Gedenkstätten für die Stasi-Opfer auch ein Wahrzeichen des Stolzes und der Genugtuung. Hier belegen die Deutschen, dass sie in der Lage gewesen sind, die auf ewig zementiert scheinende Diktatur Moskauer Prägung zu besiegen, dass dies auch in den anderen unterdrückten Ostblockländern gelungen ist. Trotz der Unmenschlichkeiten, deren man in den Stätten des Stasi-Grauens Zeuge wird, trotz der scheinbaren Unüberwindlichkeit der militärischen Mittel.

Frau Merkel hat zugesichert, der Bund werde sich für die Erhaltung der Gedenkstätte einsetzen. Das ist erfreulich, doch es hätte keiner sonderlichen Erwähnung bedurft. Denn wer auch nur in Gedanken daran geht, dem vergegenständlichten Ge-

denken an die Stasi-Opfer die Unterstützung zu entziehen, der würde das begangene Unrecht der SED- Diktatur verlängern bzw. auffrischen, der würde aber auch neuen Widerstand erzeugen. Diese Gedenkstätte, aber auch alle anderen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind notwendig, um die heranwachsenden Generationen nicht in den Weg der Irre zu leiten. Es ist daher zu begrüßen, dass bereits Programme existieren, in denen die Aufarbeitung der SED-Diktatur anhand der Gedenkstättenbesuche festgehalten ist. Aber es muss dafür gesorgt werden, dass die Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Und dass auch Schülerinnen und Schüler aus dem „tiefsten Westen“ innerhalb ihrer Lehrpläne Gelegenheit zum Besuch bekommen. Die Opfer des kommunistischen Systems sind durchaus froh und stolz, dass Deutschland eine Bundeskanzlerin hat, die aktiv am Sturz eines diktatorischen Regimes und am Aufbau demokratischer Verhältnisse beteiligt gewesen ist.

Die Gedenkstätte in Hohenschönhausen hat sich mit einer Besucherzahl von rund 250.000 im Jahr 2008 zu einem wahren Magneten für Touristen und Einheimische entwickelt. Dies ist nicht zuletzt ihrem Leiter Hubertus Knabe zu verdanken, der auch über die Gedenkstättenarbeit hinaus offensive Geschichtsaufklärung betreibt, was angesichts des rot-rot geführten Senats in Berlin keine Selbstverständlichkeit ist. Die Feindschaft, die er sich mit Buchveröffentlichungen und Vorträgen (nicht nur) bei den Linken zugezogen hat, ist inzwischen sprichwörtlich. Da man den Wahrheitsgehalt seiner Veröffentlichungen nicht durch Argumente widerlegen kann (auch dem ND-Rezensenten Michael Brie gelangen keine stichhaltigen Widerlegungen) begegnen ihm Hass und der lächerliche Vorwurf, niemals in der DDR gelebt und somit die dortigen Verhältnisse nicht kennen gelernt zu haben. Diese Haltung ist billig, aber typisch; sie setzt mit nunmehr eingeschränkten Mitteln fort, was die Funktionäre und Stasi-Leute zu Zeiten der DDR auf unumschränkte Weise praktizierten.

*Tom Haltern*

## Kräfte bündeln, interne Auseinandersetzungen vermeiden

*Bund Stalinistisch Verfolgter aufgelöst*

Zwanzig Jahre nach seiner Gründung beschlossen die Mitglieder des Bundes der Stalinistisch Verfolgten (BSV) mit 87 % der Stimmen ihre Auflösung. Damit wurde das Ende eines Verbandes abgesegnet, der einst zu den größten Verbänden gehörte, in denen sich ehemalige politisch Verfolgte des SED-DDR-Regimes nach der Friedlichen Revolution vereint hatten.

Der amtierende Bundesvorstand hatte den Antrag zur Auflösung selbst eingebracht, da sich in den letzten Monaten bereits zahlreiche Mitglieder abgewandt und der VOS beigetreten waren. Im letzten Jahr war der Zusammenschluss des BSV mit dem größten und ältesten Verband (VOS), der im Januar 2010 sein 60. Bestehen feiern kann, einzig am Widerstand des BSV-Landesverbandes Berlin gescheitert. Zuletzt existierten nur noch zwei Landesverbände mit rund 500 Mitgliedern.

Diesen soll nun empfohlen werden, sich ebenfalls der VOS anzuschließen und damit „unsere Kräfte zu bündeln“, wie der bisherige BSV-Bundesvorsitzende Hugo Diederich unter Beifall der Mitgliederversammlung ausführte.

In einer ersten Stellungnahme begrüßte der VOS-Bundesvorstand das „nahezu einstimmige Signal von Magdeburg, das eine Stärkung der Vertretung der Kommunismus-Opfer“ darstelle. Zuvor hatte auch die ehemalige Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld an die Versammlung appelliert, „interne Auseinandersetzungen zugunsten einer geschlossenen Vertretung der DDR-Verfolgten gegenüber der Öffentlichkeit zu beenden“. Die CDU-Politikerin hatte als Gast an der Versammlung teilgenommen. *C.-W. Holzapfel*

## Status des Wartens beseitigt

*Zur Auflösung des Opfernverbandes BSV*

Mit dem Ende bzw. der Auflösung des BSV ist nun ein Kapital zugeschlagen, von dem mittlerweile viele VOS-Mitglieder, die dem Zusammenschluss mit diesem Verband zugestimmt und sich sogar zu einer Änderung des eigenen Verbandsnamens bereit erklärt hatten, nicht mehr wussten, ob und wie es noch existiert. Nachdem die Mitgliederversammlungen beider Verbände mit großer Mehrheit für einen starken Gesamtverband votiert hatten, wurde die Vereinigung nicht vollzogen, da sich Einzelne in den Weg stellten. Dies widersprach der bis dahin eingeschlagenen demokratischen Verfahrensweise und führte zu einer Starre, der man nicht beikommen konnte.

All jenen, die nach der Wende durch den BSV eine Heimat gefunden hatten und dort endlich über die schweren Jahre in der Haft reden und Hilfe finden konnten, mag dieses wenig rühmliche Ende eines einstmals angesehenen Verbandes wehtun. Dennoch bleibt nun die Möglichkeit, sich der VOS anzuschließen, so wie es ohnehin vorgesehen war, wenngleich der Weg ein anderer ist. Die VOS jedenfalls steht zu ihrem Wort und heißt die neuen Kameradinnen und Kameraden willkommen. *Tom Haltern*

## „Mauerfall vor zwanzig Jahren war ein Glücksfall für uns“

*Gedenkfeier in Prenzlau / Uckermark*

Am 26. April 2009 trafen sich die noch lebenden Schicksalsgefährten sowjetischer Speziallager und die Opfer des SED-Unrechtsstaates so wie Hinterbliebene an der Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus vor einem ehemaligen NKWD-Keller in der Friedhofstraße, um in den Lagern umgekommenen oder an den Haftfolgen verstorbenen Kameraden und Kameradinnen sowie Angehörigen zu gedenken.

Der Vorsitzende der VOS-Bezirksgruppe Prenzlau Günter Arndt begrüßte die etwa vierzig Anwesenden, besonders die Vertreter der politischen Parteien, der Stadt Prenzlau und des Uckermark-Kreises. „Der Mauerfall vor 20 Jahren war ein Glücksfall für uns. Wenn auch nicht alles Gold ist, was glänzt, so leben wir doch heute tausend Mal besser als zu DDR-Zeiten.“ Weiterhin rief Günter Arndt zu Wachsamkeit gegen rechts und links auf.



**Günter Arndt spricht auf der Gedenkveranstaltung zu Opfern, den Angehörigen und Gästen (Ft.: Privat)**

Der Bundestagsabgeordnete Markus Meckel (SPD) führte in seiner Rede aus, dass die friedliche Revolution jene Freiheit erkämpfte, die die Einheit unseres Vaterlandes erst möglich gemacht hat. Auch 1945 sei nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ein Jahr der Befreiung gewesen. Diese Befreiung sei jedoch für Jahrzehnte auf eine Hälfte Europas beschränkt gewesen. „Beide Diktaturen meinten, das Wahrheitsmonopol zu besitzen. Es ist durchaus legitim, das nationalsozialistische und das kommunistische System zu vergleichen. Niemand besitzt das Recht, die Würde eines anderen Menschen zu verletzen.“ Der Landrat des Uckermark-Kreises Klemens Schmitz bezeichnete es als unverfroren, die DDR als Rechtsstaat hinzustellen. Er kündigte die Unterstützung eines Projektes des Geschichtsvereines zu Prenzlau an, den jungen Menschen die Zeit der DDR näher zu bringen.

Der Landtagsabgeordnete Alard von Arnim (CDU) sprach sich dafür aus, dass die Älteren, die die DDR erlebt haben, ihre Erinnerungen an die Jüngeren weiter geben sollten.

Abschließend plädierte Günter Arndt für Kontakte mit den Schulen. „Noch leben Zeitzeugen, die sich gern zur Verfügung stellen, um über ihr Erlebtes zu berichten.“ Mit der Totenehrung endete eine gelungene Veranstaltung. *Hans Stein*



## Verantwortung und Mitwirkung in der zweiten Diktatur nicht verdrängen

*VOS-Vorstand richtet Mahnbrief an Schauspielerin Iris Berben*

fg/bv/cw In einem Offenen Brief haben sich Teilnehmer am Bautzen-Forum 2009 und weiteren Veranstaltungen in Magdeburg, München und Friedrichroda an die Schauspielerin Iris Berben gewandt und diese „herzlich“ gebeten, ihren Partner „zu einer selbstkritischen Bewertung eigenen Handelns zu bewegen“. Diese Form der Mitwirkung (am kritischen Umgang zur notwendigen Auseinandersetzung mit den Stasi-Strukturen) könne auch „ein persönlicher Akt der Befreiung“ sein, merken die Briefschreiber an. Jedenfalls sei „der Rückzug in die Anonymität der eigenen Geschichte oder die Klage gegen Personen und Institutionen, die diese Geschichte erinnern oder benennen, aus unserer Sicht kein geeigneter Weg, den Opfern dieser Diktatur Respekt und Anerkennung zukommen zu lassen“, heißt es in dem sehr persönlich gehalten Schreiben ehemaliger Stasi-Verfolgte an die bekannte Schauspielerin.

Iris Berbens Lebenspartner war in diversen Medien in die Kritik geraten, als seine Tätigkeit als IM der Stasi bekannt wurde. Gegen die Nennung seines Namens in diesem Zusammenhang hatte er allerdings bislang erfolgreich geklagt. So wurde jüngst ein Urteil gegen die Super-Illu durch das Landgericht Berlin bestätigt, nachdem es der Zeitung untersagt wurde, den Namen des Stuntman mit seiner früheren Tätigkeit für die Stasi zu verbinden. Ein IM habe zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR einen Anspruch auf die Wahrung seiner Privat-Sphäre, so das Gericht.

Auch dem ARD-Magazin KONTRASTE wurde eine entsprechende Berichterstattung mit Namensnennung untersagt. Dabei hatte das Magazin lediglich über das erstinstanzliche Urteil gegen die Super-Illu berichtet. In dem Schreiben der Stasi-Verfolgten, unter ihnen auch SMT-Verurteilte, betonen diese allerdings, dass es nicht um „eine Vor- oder gar Verurteilung ginge, da jede Verantwortung individuell zu gewichten“ sei. In dem verantwortlich von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) initiierten Schreiben wird auch daran erinnert, dass Iris Berben zu „den exponierten Schauspielern“ gehöre, die sich „beispielhaft und unerschrocken für die Aufarbeitung der historischen Lasten der NS-Diktatur eingesetzt habe und einsetzt“. Gerade aus diesem Grund habe man „kein Verständnis für die Verdrängung von Verantwortung und Mitwirkung Ihres Partners in der zweiten Diktatur“. Von den 71 Unterzeichnern waren allein 55 zu über 443 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, darunter ein Todesurteil. Sie verstehen sich als Stellvertreter für die „tausenden Frauen und Männer, die ähnliche Schicksale erlitten hätten“, heißt es in der Presseerklärung zum Berben-Brief.

*Wortlaut des Briefes nebenstehend*

## Ihr Beitrag zur Auseinandersetzung mit der 2. Diktatur in Deutschland

Sehr geehrte Frau Berben,

vor zwanzig Jahren öffneten sich die Mauern der zweiten Diktatur, die ihre Bürger aus politischen Gründen überwachte, verfolgte oder inhaftierte. Die Mauer war Ausdruck und Folge dieses Systems, an deren Beton das Blut unzähliger freiheits-suchender Menschen klebte und die zum Symbol für über 200.000 politisch Verfolgte in den Zuchthäusern dieser Diktatur wurde.

Diese Diktatur wurde durch die stille (verdeckte) Mitarbeit von über 200.000 Helfershelfern gestützt und getragen. Diese „Informellen Mitarbeiter (IM)“ haben dazu beigetragen, dass die Bürger des eigenen Staates aus politischen Gründen verfolgt, zersetzt und hunderttausendfach hinter die Mauern eigens geschaffener Zuchthäuser verbracht wurden.

Durch die Fügung des Schicksals sind Sie seit geraumer Zeit mit der Geschichte unseres Landes in besonderer Weise konfrontiert worden. Wir respektieren in diesem Zusammenhang ausdrücklich Ihren Anspruch und Ihren Wunsch, Ihre familiären Bande vor den oft despektierlichen Schlagzeilen des Boulevard zu schützen. Auf der anderen Seite gehören Sie zu den exponierten Schauspielern, die sich beispielhaft und unerschrocken für die Aufarbeitung der historischen Lasten der NS-Diktatur eingesetzt haben und einsetzen. Dafür hatten und haben Sie unseren uneingeschränkten Respekt.

Gerade aus diesem Grund haben wir andererseits kein Verständnis für die Verdrängung von Verantwortung und Mitwirkung Ihres Partners an der zweiten Diktatur. Dabei geht es uns nicht um eine Vor- oder gar Verurteilung. Jede Verantwortung ist individuell zu gewichten. Wir, Unterzeichner und Teilnehmer am **Bautzen-Forum 2009**, sowie Veranstaltungen in **München, Magdeburg** und **Friedrichroda**, appellieren vielmehr an Sie und Ihren Partner, sich im Jahre 20 nach der Mauer-Öffnung dieser Mitverantwortung offensiv zu stellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der Mechanismen dieser Diktatur zu leisten. So könnte Ihr Partner durch eine Offenlegung seiner damaligen Mitarbeit und den kritischen Umgang damit einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Auseinandersetzung mit den Stasi-Strukturen dieses Systems leisten. Diese Form der Mitwirkung kann auch ein persönlicher Akt der Befreiung sein. Jedenfalls ist der Rückzug in die Anonymität der eigenen Geschichte oder die Klage gegen Personen und Institutionen, die diese Geschichte erinnern oder benennen, aus unserer Sicht kein geeigneter Weg, den Opfern dieser Diktatur Respekt und Anerkennung zukommen zu lassen.

Wir bitten Sie daher herzlich, Ihren Partner zu einer selbstkritischen Bewertung eigenen Handelns zu bewegen und ihn auf diesem möglichen Weg zu begleiten.

*Mit ernstern wenn auch freundlichen Grüßen (siehe Anlagen)*

*77 Unterzeichner der Vereinigung der Opfer des Stalinismus*

## Geraubte Gedenktafel

☒ Nachdem in Eisleben (Sachsen-Anh.) im April eine Gedenktafel zum Volksaufstand von 1953 abmontiert und entfernt worden war, schaffte der Bundesvorstand der VOS schnelle Abhilfe und sorgte gemeinsam mit der Stadt Eisleben für eine neue Gedenktafel. Der Verbleib der geraubten Tafel konnte nicht geklärt werden. Die Polizei geht jedoch nicht von einem politischen Delikt aus. Die Tafel sei aus Kupfer gewesen und stelle einen materiellen Wert von etwa 200 Euro dar.

# Nach zwölf Jahren Verfolgung und zweimal Haft nicht ohne Blessuren

*Jörg Petzold berichtet über sein zweites Leben, das er nach der Übersiedlung mit Wohlstand füllte*

Mit 15 DM und einer Fahrkarte nach Kassel, erreichte ich am 8. August 1975 mein ersehntes Ziel, den freien Teil Deutschlands. Von da an ging es stetig aufwärts in meinem Leben. In Gießen wurden dafür bereits die Weichen gestellt. Vom Bund gab es 150 DM Begrüßungsgeld und für eine kurze Befragung beim Amerikaner noch mal 15 DM.

Ich hatte keine Ahnung was mich im Westen erwartet, aber meine Wahl nach Rheinland Pfalz zu gehen, erwies sich im Nachhinein als positiv. Ich hatte schnell erkannt, dass man sich im Westen bewegen musste und nach einem Aufenthalt in Osthofen war ich dann in Zweibrücken allein auf mich gestellt. Angebote in meinem Beruf hatte ich aus Südafrika und England aber ich blieb in Deutschland und begann im Februar 1976 in einem großen Konzern am Rhein. Bis zu meiner Pensionierung blieb ich 25 Jahre dort.

1978 kaufte ich mir mein erstes Auto in Westdeutschland und im selben Jahr noch eine kleine Wohnung. Im Herbst 1976 flog ich mit PAN AM das erste mal von Rhein Main nach Berlin Tegel. Die Alliierten mussten Flugkorridore nach Westberlin einhalten und auf den Hinflug konnte man gut den eisernen Vorhang vom Flugzeug aus sehen. Ein wenig Wehmut hatte ich, denn dort unten lebten noch engste Angehörige von mir. In Westberlin fühlte ich mich frei und vom Hochstand am Brandenburger Tor, schaute ich rüber in den Käfig von Ostberlin.

Ich hatte niemals Probleme und Führerschein sowie Facharbeiterbrief aus dem Osten wurden anerkannt. Die Pflälzer waren nett, und ich fühlte mich sehr wohl dort. Mit einem Briefpartner machte ich 1977 meine erste größere Reise auf die Kanaren, und von da an ging es Schlag auf Schlag mit dem Reisen in viele Länder und alle Kontinente.

Nach Mitteldeutschland hatte ich bis zum Tod meiner Mutter im Januar 1989 Einreiseverbot. In Böhmen hatte ich Freunde, und dort traf ich mich jedes Jahr einmal, mit meinen Angehörigen aus Thüringen. Aus meinen Stasiakten erfuhr ich, dass ich bis zum Ende des Unrechtsstaates "DDR" im Fokus der Ostberliner Geheimpolizei stand. Ich konnte die Transitwege nach Berlin benutzen und probierte es auch zweimal, aber nichts

passierte. 1981 (20 Jahre Mauer) nahm ich an einen Sternmarsch der (MM nach Westberlin teil.

Mein Selbstvertrauen nahm von Jahr zu Jahr zu, und so versuchte ich 1981 an der Heinrich-Heine-Straße nach Ostberlin einzureisen. Nach drei Minuten war ich wieder in Westberlin. Einreise abgelehnt.

Ich ging darauf hin zum "Ku'damm", dort gab es ein vorzügliches Argentinisches Steakhaus. Das war mir lieber als die Errungenschaften des Sozialismus' in Ostberlin anzuschauen.

Mit ein wenig Genugtuung musste ich an die roten Machthaber denken, wenn ich mich an der Copacabana oder auf Hawaii amüsierte. Sie hatten mir 12 Jahre gestohlen und sie mussten in ihrer muffigen "DDR" weiterhin Klassenfeinde einsperren, vielleicht auch gerade NAW Stunden leisten oder Kampfbereitschaft demonstrieren. Gerade Stasi-Leute konnten nie den sozialistischen Errungenschaften enttrinnen, und wer es wagte, wurde mit den Tod bestraft.

Ich habe einen Weltkrieg, zwei Diktaturen, 12 Jahre Verfolgung sowie zweimal politische Haft überlebt. Ohne Blessuren ging das alles nicht an mir vorüber, und ich hatte natürlich auch große psychische Probleme zu bewältigen. In der Nacht vom 13. zum 14. September 1963 hätte ich schon mein Leben an der Grenze verlieren können, aber die Tschechen luden ihre MPi nicht durch. Mein Vater hatte Mitte April 1945 bei Mährisch Ostrau, als Landser der Wehrmacht nicht soviel Glück wie ich 18 Jahre später.

Mein Schicksal ist vielleicht nicht repräsentativ und Glück spielte auch eine gewisse Rolle. Wer in Gießen allerdings bereits sein Begrüßungsgeld für Mädchen und Alkohol ausgab, hatte schlechte Karten. Ich denke, trotzdem haben es die meisten meiner Landsleute geschafft. Ich denke, die SMT-Verurteilten oder Internierten oder auch die Häftlinge der fünfziger Jahre hatten es schwieriger als Menschen der Bürgerbewegung, welche zum Schluss kamen. Trotzdem standen gerade diese Leute an der Spitze der Revolution 1989/90 und haben den SED Staat mit zu Fall gebracht. Übrigens auch zum Wohl von vielen SED- und Stasi-Genossen. Verspielen wir nicht unsere Freiheit, setzen wir uns für größere Gerechtigkeit und mehr Demokratie ein. *Jörg Petzold*

## Rückblick: In den Jahren des Boykotts trainierten viele Sportler umsonst

### *Vor 25 Jahren verkündete die DDR-Regierung den Olympia-Boykott von Los Angeles*

Für einen Sportler gibt es neben von der Fußball-WM und der Tour de France kaum etwas Größeres als die Teilnahme an den Olympischen Spielen. Genau diese wurde den Athletinnen und Athleten in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts zweimal verwehrt. Einmal war dies bei den Spielen in Moskau in 1980, als die USA und 64 weitere Nationale Komitees keine Mannschaft schickten, nachdem ein Jahr zuvor der völkerrechtswidrige Kriegseinmarsch in Afghanistan der sowjetischen Militärs stattgefunden hatte. Vier Jahre später revanchierte

sich das Moskauer Regime, indem es keine Sportler nach Los Angeles schickte, wo die USA als Gastgeber auftraten. Die offizielle Begründung lautete, dass die sozialistischen Länder die Sicherheit ihrer Aktiven gefährdet sähen. Ein Vorwand, hinter dem rein politische Gründe steckten. Der Beschluss zum Boykott erging - erwartungsgemäß - am 10. Mai 1984. Insgesamt wurde er von 15 Ländern verkündet, allerdings verweigerten China und Rumänien den Sowjets die Gefolgschaft und nahmen an den Spielen teil, was dem Moskauer Apparat sauer aufstieß.

Insbesondere bei der Boykottierung der Moskauer Spiele gab es heftige Debatten, die in der Öffentlichkeit geführt und von Seiten des Ostens tüchtig angeheizt wurden. Selbst Willy Daume, damaliger Präsident im West NOK, verfocht den Kurs der Teilnahme, während Kanzler Schmidt eine harte Linie fuhr und die Teilnahme unterband.

Leidtragende waren zu guter Letzt die Sportlerinnen und Sportler, die jahrelang umsonst trainiert hatten und Opfer der politischen Entscheidungen geworden waren.

*Hugo Diederich*

# Aufruf

Liebe Kameradinnen,  
Liebe Kameraden,  
auch in diesem Jahr  
wollen wir wieder in

**Berlin-Charlottenburg  
am  
Steinplatz  
des 17. Juni 1953  
gedenken.**

Am Dienstag

**17. Juni  
um 09.00 Uhr**

findet die

**Gedenkfeier  
der Opferverbände  
kommunistischer  
Gewaltherrschaft statt.**

Wir alle sind aufgerufen, an dieser  
Veranstaltung teilzunehmen und die  
Opfer zu ehren. Der Veranstalter ist  
wie immer die VOS.

**Der Bundesvorstand**

## VEREINIGUNG 17. JUNI 1953

### Termine zum diesjährigen 17.

**16. Juni 2009, 18.00 Uhr:** Kranzniederlegung am „Holzkreuz“ in Berlin-Zehlendorf, Potsdamer Chaussee (über dem „Kleeblatt“) Das „Holzkreuz“ ist das einzige originäre Denkmal an den Volksaufstand in Deutschland. Es wurde wenige Tage nach dem Aufstand von Teilnehmern gegenüber der Kanone eines dort bis 1955 stehenden sowjetischen Panzers errichtet.

**17. Juni 2009, 9.00 Uhr:** Gedenkfeier der (VOS), weiterer Verfolgtenverbände und des Bezirksamtes Charlottenburg am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus Steinplatz (Hardenbergstraße) in Berlin-Charlottenburg. Auf Anregung der Vereinigung 17. Juni werden seit drei Jahren auch die Opfer des Nationalsozialismus durch anschließende Kranzniederlegungen geehrt.

**17. Juni 2009, 10.15 Uhr:** Kranzniederlegung vor dem Bundesfinanzministerium, Wilhelm-/Ecke Leipziger Straße durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, den Bürgermeister von Strausberg (erstmalig) und den Vorsitzenden der Vereinigung 17. Juni 1953. Der Bürgermeister von Strausberg folgt mit seiner Teilnahme einer Anregung der Vereinigung 17. Juni („Wir treffen uns morgen am Strausberger Platz!“, so der Aufruf der Streikenden am 16. Juni 1953 zum Generalstreik.)

**17. Juni 2009, 11.00 Uhr:** Staatsakt der Bundesregierung und des Senates von Berlin Friedhof Seestraße in Berlin-Wedding

**17. Juni 2009, 11.00 Uhr:** Gedenkfeier der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) am Gedenkstein gegenüber der StVA Brandenburg/Havel Es sprechen die Bürgermeisterin von Brandenburg/Havel und der Bundesvorsitzende der VOS.

**17. Juni 2009, 16.00 Uhr:** Feierstunde mit Kranzniederlegung in Strausberg vor der Barnim-Kaserne in der Hennickendorfer Chaussee. Es sprechen der Bürgermeister von Strausberg und der Vorsitzende der Vereinigung 17. Juni 1953

## Zeitzeugen für Buchprojekt gesucht

Der Marix-Verlag in Wiesbaden ist an uns mit der Idee herangetreten, für den Herbst ein Buch mit unerzählten DDR-Geschichten herauszugeben.

Unter dem Titel "Black Box DDR" sollen 50 Leben aus allen Jahrzehnten und quer durch die Gesellschaft erzählt werden, vom Unternehmer der 50er Jahre, über die verschollene Tochter Ulbrichts, der Geschichte eines Mauertoten bis zur Widerstandsgeschichte der Nonnen im Eichsfeld.

Viele von Euch haben lange intensiv zur DDR-Geschichte geforscht. Dabei hat es immer wieder Recherchen gegeben, die keinen Veröffentlichungsort fanden, weil sie zu singulär, zu speziell, oder zu wenig ausgerechert bleiben müssten. Nun könnten diese Geschichten an die Öffentlichkeit. Für uns - und wir hoffen auch für Euch - bietet dieses Vorhaben die Möglichkeit, die Bruchlandschaft DDR noch einmal in ihrer Dimension und mit ihrer Härtesubstanz zu konturieren, um der diesjährigen Apotheose der DDR ein Stück mehr an Realität entgegen zu setzen.

Das heutige Schreiben ist die konkrete Einladung an Euch, uns bis zum 10. Juni 2009 einen Text von maximal 8.000 Zeichen (vier Schreibmaschinenseiten), wenn möglich mit einem oder zwei Photos, über das Schicksal eines Einzelnen oder einer Gruppe zu schicken. Jede Geschichte soll durch weiterführende historische Informationen eingeordnet werden, beispielsweise die Geschichte eines Mauertoten durch die Zahl der an der Berliner Mauer und der deutsch-deutschen Grenze Getöteten. Diese Daten werden äußerst knapp in einem Kasten zusammengestellt.

Über diesbezügliches Material zu Eurer Geschichte würden wir uns freuen.

Der Marix-Verlag ist ein engagierter, kleiner Verlag, der das Buch womöglich auch in der Buchreihe der Frankfurter Rundschau herausgeben wird. Er wird sich stark für die Wahrnehmung des Buches einsetzen, will Lesungen und Vorabdrucke in Tageszeitungen organisieren, kann aber leider keine Autorenhonorare zahlen. Jeder von uns erhält zwei Belegexemplare. Wir verstehen dieses Vorhaben als einen Rehabilitationsort für weggedrücktes, oft zerstörtes Leben in der DDR und hoffen, dass wir gemeinsam ein starkes Buch machen.

*Ines Geipel und Andreas Petersen*

# Recht und Freiheit – und Gerechtigkeit

*Rundum gelungener Kongress in Erfurt / lang existierende Forderungen wiederum erneuert*

Unter dem obigen Motto stand der 13 LStU/Stiftung-Aufarbeitung-Kongress gemeinsam mit Vertretern der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen in diesem Jahr. Beeindruckend der Hauptvortrag, gehalten von Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Nicht weniger interessant die Vorträge, von Dr. Karl-Wilhelm Fricke und Dr. Erhardt Neubert sowie auch die jeweils anschließenden Podiumsdiskussionen sowie der Besuch der Gedenkstätte Buchenwald.

Trotz der Notwendigkeit, die zahlreichen Teilnehmer in mehreren Erfurter Hotels unterzubringen, war durch einen gut organisierten Bustransfer ein reibungsloser Veranstaltungsverlauf gesichert.

Bestens organisierte Beköstigung im Erfurter Landtagsgebäude und ein äußerst disziplinierter Ablauf der Veranstaltungen sorgten für eine angenehme Atmosphäre. Ein kleiner Wermutstropfen war der durch vorhergehende Redezeitüberziehung notwendige Wegfall der Saaldiskussion in der letzten Podiumsrunde.

Ein dickes Lob an die zahlreichen aktiven Organisatoren in Erfurt ist angebracht.

In den Diskussionen wie auch in den Auslagen auf den Tischen der Verbände nahmen die folgenden Themenbereiche breiten Raum ein: *Novellierungsbedarf der Unrechtsbereinigungsgesetze, eine Ausweitung des § 130 Volksverhetzung auf gleiche Tatbestände der beiden (national- und real-) "sozialistischen" Diktaturen, Benennung der DDR als eindeutigen Unrechtsstaat, Würdigung des Widerstandes in den frühen SBZ/DDR-Jahren als Faktor zur Überwindung der Diktatur*, um nur einige zu nennen

Der anschließende Abdruck des Redemanuskripts für den Hauptvortrag zeigt den Stand von Recht und Freiheit nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahren friedlicher Revolution, aber auch die Gefahr des Verlustes von Recht und Freiheit, durch ein Mutieren vieler Politiker zu sich gut verkaufenden Darstellern in den Medien eindrücklich auf. Eindeutig positioniert sich der Verfassungsgerichtspräsident zur Definition zum "Unrechtsstaat" für die zweite Diktatur in einem Teil Deutschlands im vergangenen Jahrhundert.



**Hildegund Neubert – LstU-Beauftragte Thüringen**

Abweichungen des gesprochenen Wortes zum Redemanuskript traten nur marginal und kaum inhaltsändernd auf (die als Amateur-Video mitgeschnittene Rede wurde von mir, mit dem Manuskripttext verglichen).  
*Wolfgang Stiehl (Text u. Foto)*

---

## **Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts**

„... 1989 gab es in der DDR über 90.000 hauptamtliche und über 175.000 inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Gesellschaft war unterwandert von Spitzeln. Das MfS fungierte als Instrument der politischen Kontrolle und Unterdrückung der gesamten Bevölkerung. Politisch Andersdenkende oder Ausreisewillige wurden überwacht, abgeschreckt oder ausgeschaltet.

Wer sich als Regimegegner - oder auch nur als Umweltschützer oder Ausreisewilliger - "geoutet" hatte, hatte Repressalien verschiedenster Art zu fürchten. Der Zugang zu höheren Schulen oder zur Universität blieb versperrt, am Arbeitsplatz wurde in Szene gesetzt, was man heute als Mobbing bezeichnet, Gerüchte über außereheliche Liebesbeziehungen wurden gestreut oder es erfolgten Einberufungen zur Nationalen Volksarmee, um Kritiker aus dem Verkehr zu ziehen. Ihnen allen, meine Damen und Herren, stehen solche und ähnliche Beispiele

vor Augen, nicht wenige von Ihnen waren selbst betroffen, und viele haben von den Hintergründen und Drahtziehern erst Jahre später erfahren. Mittlerweile weiß man, dass die Stasi sogar die Unterlagen über die Eingaben von Bürgern der DDR erhielt und auswertete, jener Eingaben, die von manchen als eines der angeblich rechtsstaatlichen Elemente der DDR hochgehalten werden. Die DDR war nach allen denkbaren Definitionen kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat. Dies wird durch das sog. Eingabewesen eher belegt denn widerlegt. ...“

„... 2009 – doch, meine Damen und Herren, was sehen wir, wenn wir heute, 60 bzw. 20 Jahre später, um uns blicken, die Zeitungen lesen, die Meinungsumfragen verfolgen: Das Vertrauen in die Politiker und Parteien nimmt immer weiter ab, während sich Politik teilweise - offenbar den Gesetzmäßigkeiten der modernen Mediengesellschaft folgend - nur noch medial insze-

niert, ohne mutig und ehrlich Problemlösungsvorschläge zu vertreten. Die Zustimmung zur Demokratie ist niedrig, viele wählen Extremparteien oder gar nicht. Apathie gegenüber der demokratischen Willensbildung ist überall zu spüren. Die vielbeschworene "Zuschauerdemokratie" ist Wirklichkeit geworden. Man nimmt nicht aktiv teil, man lässt sich durch Infotainment beriebseln.

Aus Sicht der Politiker, die sich über die Massenmedien präsentieren müssen, stellt sich die Situation entsprechend dar: Nur was medienwirksam vermittelt werden kann, hat die Chance, wahrgenommen zu werden. Aus ernsthaften, sachbezogenen Auseinandersetzungen drohen personalisierte Schaukämpfe zu werden, in denen derjenige zum Sieger erklärt wird, dem die beste Selbstdarstellung gelingt. Niederlagen, so will es die Logik dieses Kalküls, beruhen nicht auf schlechter Politik, sondern auf schlechter Darstellung und Vermarktung. So manches Politikerstatement wird so unangreifbar wie substanzarm. Der ökonomisch begründete Wunsch der Medien, den Strom stets top-aktueller und möglichst aufregender Meldungen im Fluss zu halten, führt zum beständigen "Themen-Hopping". Ein Thema, oder noch besser: ein "Aufreger", ein "Knaller" jagt den nächsten und alle zusammen neutralisieren sich letztlich gegenseitig. Das Publikum schaltet den Fernseher ein, sich selbst jedoch ab.

Was ist noch zu konstatieren? Die Familie als soziales Netz und Keimzelle der individuellen Wertebildung verliert an Stellenwert, viele Beziehungen bleiben kinderlos. Und: Staat und Gesellschaft stehen unter zunehmendem Globalisierungsdruck. Der weltweite Kapitalmarktwettbewerb unterläuft regional gewachsene Strukturen. Bewährte Solidarbeziehungen weichen kompetitivem Individualismus. Die Steuerzahler retten angeschlagene Banken, weil sie "systemrelevant" seien. Schon jetzt wird die Last der Finanzierung der Sozialsysteme vorwiegend den jüngeren Menschen aufgebürdet. Dieselben Menschen - relativ gering an Zahl wegen der anhaltenden Geburtenschwäche und der hohen Zahl an Transferleistungsempfängern - sollen in einigen Jahren die für die Rettung des Finanzsektors aufgewendeten Summen in Form von Staatsschulden abtragen. Währenddessen wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Da die Akzeptanz des politischen Systems, von vielen mit der Schaffung wirtschaftlichen Wohlstands verknüpft wird, verschärft sich die Demokratieverdrossenheit. So schließt sich der Kreis.

Kurz: Das Gemeinwesen scheint in vielerlei Hinsicht in einer tiefen Krise zu stecken. Nun ist es unbestreitbar so, dass die unmittelbaren Zukunftsaussichten schon einmal rosiger waren, dass Deutschland - im Übrigen auch viele andere Staaten - vor einem gewaltigen Umbruch steht. Aber diese Herausforderung scheint die Deutschen zu entmutigen und nicht zu einer Anspannung aller Kräfte zu führen. Im Ausland ist von "the German Angst" die Rede, und wenn man sozusagen als Kontrastprogramm die Aufbruchstimmung in den USA nach der Wahl und Amtseinführung Barack Obamas verfolgt, glaubt man zu verstehen, was der ausländische Beobachter damit meint. Menschen haben einerseits konkrete Ängste und Sorgen - etwa die Angst vor dem

Verlust des Arbeitsplatzes oder die Sorge um ihre Alterssicherung. Dazu kommt bei vielen die Angst, sich überhaupt noch auf etwas einzulassen, weil sie nicht zu erkennen vermögen, worauf sie sich denn mit Zuversicht einlassen können. Doch diese Angst, sich einzulassen, ist der Feind der Freiheit. Freiheit wird schal, wenn man sich ihrer nicht mutig bedient.

Zugleich ist diese Angst geeignet, das Grundvertrauen in die Demokratie zu erschüttern, ja sie ist Ausdruck einer bereits eingetretenen Erschütterung dieses Grundvertrauens. Die erforderlichen Reformen unserer Gesellschaftsordnung sind ein schwieriges, hochkomplexes Unterfangen. Es gibt niemanden, der eine Patentlösung parat hätte, die alle Probleme mit einem Schlag löst. Der große Umbau erfordert viele kleine Schritte, die aufeinander aufbauen; er erfordert Korrekturen und Nachbesserungen, wo sich Mängel herausstellen; er erfordert Geduld und Durchhaltevermögen, wenn sich Erfolge erst mittel- und langfristig einstellen. Doch jeder der vielen kleinen Schritte entpuppt sich als Schicksalsfrage, weil die Vertrauensgrundlage für die generelle Gefolgsbereitschaft der Bevölkerung beschädigt ist. Zeigt eine einzelne Maßnahme nicht sofort und unmittelbar Nutzen und Erfolg - und das ist vielen Maßnahmen eigen - so droht der ganze Reformprozess zum Stillstand zu kommen, weil sich die Menschen wieder abwenden und zurückziehen. Dies spiegeln den Politikern in Echtzeit die Demoskopien, und gegen die auf diese Weise veröffentlichte Volksmeinung, mag sie auch noch so schwankend sein, möchte sich niemand stellen. Die Allgegenwart der Meinungsforschung hat eine Art direkter Demokratie installiert; man könnte auch von Verhinderungsplebisziten sprechen, denn meistens läuft es darauf hinaus, einschneidende und vielleicht schmerzhaft Maßnahmen nicht zu ergreifen. Auf einer soliden Vertrauensbasis würden die meisten sagen: "Probieren wir es aus und wenn es nicht funktioniert, dann wissen wir zumindest mehr als vorher und machen es anders und besser". Aber selbst dieser einfache Mechanismus des "trial and error" - immerhin das Erfolgsrezept der Natur ebenso wie des Marktes - ist in der Demokratie ohne ein mitlaufendes Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger lahmgelegt. Wer nicht schnelle Erfolge gut verpackt verkaufen kann und zum rechten Zeitpunkt Wahlgeschenke offeriert (deren Gegenfinanzierung selbstverständlich auf die nächsten Legislaturperioden verschoben wird), der wird abgewählt. Dem stehen Problemlagen gegenüber, die aus strukturellen Gründen langfristige und weitsichtige Lösungsansätze fordern würden - das Dilemma der Demokratie ...“ *Aufgezeichnet von Wolfgang Stiehl*

## Ein Brief an Herrn SELLERING

*Nachtrag/Korrektur zu FG 678*

Einige Ungenauigkeiten sind in der Wiedergabe des Briefes von Siegfried Jahnke, VOS-BZG Schleswig-Holstein aufgetreten: Statt einhundertviertausend Km Zaun muss es heißen eintausendvierhundert. Außerdem: durch eine (und nicht keine) Grenze.

**Ann. d. Red.:** *Fax-Schreiben an die Redaktion bergen wegen ihrer schlechten Lesbarkeit immer die Gefahr von Fehlern.*

## Gibt es ein Halb- oder Dreiviertel-Recht?

Wolfgang Stiehl reagiert auf Äußerungen des Linken-Fraktionschefs zum Unrechtsstaat

Nicht immer haben die VOS-Mitglieder und SED-Opfer das Glück einen Leserbrief in den örtlichen Medien veröffentlichen zu können. Nun gelang dies unserem ohnehin sehr aktiven Kameraden Wolfgang Stiehl in der Magdeburger Volksstimme. Unter der Überschrift Unrechtsstaat „DDR - Ausreisewillige und Regimegegner wurden ausgeschaltet“ reagierte er am auf die Äußerung von Linke-Fraktionschef im Landtag von Sachsen-Anhalt Wulf Gallert im Streit, ob die DDR ein Unrechtsstaat war / „Man kann es den Leuten nicht verbieten“, Volksstimme vom 5. Mai 2009. Nachfolgend der Inhalt:

Der, wie ich meine, pseudowissenschaftlichen Äußerung im Beitrag, dass es keine Definition für den Begriff Unrechtsstaat gebe, setze ich das nachfolgende Zitat aus der Rede des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier (am 24. April 2009 in Erfurt), entgegen. Ich meine, es ist ohnehin eine Haarspalterei, wenn ein Staat kein Rechtsstaat gewesen ist, dann zu formulieren, er sei dennoch kein Unrechtsstaat gewesen. Gibt es ein anderes Wort für „Nicht-Recht“ als das Wort Unrecht? Etwa Halb- oder Dreiviertel-Recht? Oder besser „Recht der immer Recht habenden, vorgeblichen „Partei der Arbeiterklasse“?

Hier das Zitat: „...1989 gab es in der DDR über 90 000 hauptamtliche und über 175.000 inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Gesellschaft war unterwandert von Spitzeln. Das MfS fungierte als Instrument der politischen Kontrolle und Unterdrückung der gesamten Bevölkerung. Politisch Andersdenkende oder Ausreisewillige wurden überwacht, abgeschreckt oder ausgeschaltet. Wer sich als Regimegegner – oder auch nur als Umweltschützer oder Ausreisewilliger –, geoutet hatte, hatte Repressalien verschiedenster Art zu fürchten ...“

Mittlerweile weiß man, dass die Stasi sogar die Unterlagen über die Eingaben von Bürgern der DDR erhielt und auswertete, jener Eingaben, die von manchen als eines der angeblich rechtsstaatlichen Elemente der DDR hochgehalten werden. Die DDR war nach allen denkbaren Definitionen kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat. Dies wird durch das so genannte Eingabewesen eher belegt denn widerlegt.“ Wolfgang Stiehl

## „Initialzündung“ für Revolution 1989

Einen recht merkwürdigen Blick hat der Linke-Politiker Wulf Gallert auch auf die Demos von 1989 entwickelt, indem er davon ausgeht, dass die Bürger der DDR lediglich ihren Staat reformieren und diesen beseitigen wollten: „Zum einen haben die Akteure der friedlichen Revolution im Sommer und Herbst 1989 das politische System der DDR nicht etwa mit der Forderung eines Anschlusses an die Bundesrepublik zu Fall gebracht, sondern mit der Forderung nach einer vollständigen politischen und moralischen Erneuerung dieses Staates. Dieser historische Prozess endete dann 1990 mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik, dies war aber nicht die Initialzündung für diesen Prozess.“

Gesagt am 8. Mai 2009 zur 59. Landtagssitzung.  
Nachzulesen: <http://www.wulfgallert.de/politik/aktuell/>.

## Für Wahrheit und Gerechtigkeit immer auf dem geraden Weg

Ein neues Buch des Widerständlers und Diktatur-Experten Wolfgang Welsch

Seit wir uns der zwanzigjährigen Wiederkehr der Wende nähern, wird unser Medienmarkt geradezu überschwemmt mit Berichten, Interviews und Büchern über die DDR. Wir wissen längst, dass dabei vieles verklärt, verharmlost und verzerrt wird. Die Schwierigkeiten heutigen Lebens, das eigene Älterwerden ändern vielfach den Blick auf Vergangenes. Was wir einst als schlimm und nahezu unerträglich empfanden, wird nun ausgeblendet und getreu dem Motto „Even the bad times are good“ sogar belächelt. Und die, die damals die DDR hassten und selbst auch von der DDR gehasst wurden und die vielleicht gar nicht wissen, wie sehr sie verfolgt wurden, die vertreten auf einmal Positionen, die dann der Ex-SED in die Hände spielen und eine gerechte Aufarbeitung verhindern.

Zum anderen tauchen zunehmend Bücher auf, in denen Lebensläufe oder Teile davon vorkommen, die – nach 20 Jahren - von der DDR berichten. Manchmal kritisch, manchmal persönlich, meistens unterhaltsam. Oft genug sind die Bücher Erstlinge, so dass man sich fragt, warum kommen die Veröffentlichungen erst jetzt, warum haben die Autoren nicht schon Bücher gemacht, als es die DDR noch gab und dieses Geschäft eher gefährlich war? Jene indessen, die – wie Wolfgang Welsch, der nun wieder mit einem guten, fast spektakulären Buch auf den Markt gekommen ist – ihre Bücher noch zu Zeiten der DDR veröffentlichten, werden damit immer weiter zurückgedrängt. Das neue Buch von Welsch beweist, dass es keineswegs uninteressant sein muss, den einmal eingeschlagenen Weg („Ich war Staatsfeind Nr. 1“) fortzusetzen. Er bringt in „Die verklärte Diktatur“ unzählige Fakten, Ergebnisse von Recherchen und Kommentare, die sich mit dem Wirken des MfS, mit der Situation der politischen Gefangenen in der DDR auseinandersetzen und einen Beitrag für die Geschichtsbeurteilung liefern, der wichtiger ist als ein dutzend andere Veröffentlichungen. Valerie Bosse



### Wolfgang Welsch: Die verklärte Diktatur

Der verdrängte Widerstand gegen den SED-Staat  
308 Seiten, 51 Schwarz-Weiß-Abbildungen, Helios Verlag  
9783938208939, 24,90 Euro



## Verbesserungen beim Gesetz zur Ehrenpension

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat sich für eine vereinfachte Bewertung der Mindesthaftdauer bei der Gewährung der Ehrenpension für ehemalige politische Häftlinge der SED-Diktatur ausgesprochen. Es wird vorgeschlagen, im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz eine Haftzeit von 180 Tagen zugrunde zu legen, um die Ehrenpension von maximal 250 Euro zu gewähren. Die bisherige Regelung von vollendeten (!) sechs Monaten soll aufgehoben werden. Dadurch sollen Grenz- bzw. Härtefälle, in denen nur wenige Tage an den vollen sechs Monaten fehlten, künftig vermieden werden. In der Fg wurde mehrfach berichtet, dass Betroffene wegen nur weniger fehlender Tage die Opferpension nicht bekommen konnten. Diese Personen könnten nach Neufassung des StrRehaG ihren Antrag abermals stellen. Dann vielleicht mit mehr Erfolg. Ob und wann der Bundestag über den Vorschlag beraten könnte, steht nicht fest. *T. Haltern*

*Anm. d. Red.: Kurz vor Redaktionsschluss kam die Meldung, dass dieser Beschluss Bestandteil eines Gesetzentwurfs wurde. Dieser wird in der nächsten Fg vorgestellt.*

## Bespitzelt und psychisch ruiniert

*Günter Ullmann verstorben*

Am 9. Mai verstarb der Dichter Günter Ullmann, 62 Jahre, ein exemplarisches Opfer von Stasi, SED und seines „speziellen Freundes“ Manfred (Ibrahim) Böhme. Nachdem er 1968 gegen den Einmarsch der Sowjets in Prag demonstriert hatte, veröffentlichte er 1984 in Westberlin mehrere Gedichte. Die Verhöre und Verunsicherungsmaßnahmen der Stasi setzten ihm so sehr zu, dass er mehrfach in die Psychiatrie eingewiesen wurde.

*B. Thonn*

## Widerstand und Kampf

*Die Welt vor 20 Jahren*

Ende April bis in den Mai 1989 hinein stehen sich die Entwicklungen zur Demokratisierung und der Verfestigung der Diktaturen stärker denn je gegenüber. Während in Polen die Gewerkschaft Solidarnosc erstmals im Radio Wahlsendungen ausstrahlen darf und in Ungarn der Abbau der Grenzanlagen vorbereitet wird, verschärft die DDR ihre Maßnahmen gegen das Aufbegehren nach Freiheit im eigenen Land. So hält Beton-Ideologe Kurt Hager zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus eine Rede, in der er Reformen, wie sie unter Glasnost in der Sowjetunion laufen, eine klare Absage erteilt. Stattdessen werden mehrere hundert „Störenfriede“ in den Westen abgeschoben, um im Angesicht der bevorstehenden Wahlen möglichst wenig Scherereien zu erleben. Doch der Widerstand wird dadurch nicht erstickt. So nimmt die Umweltbewegung allmählich Fahrt auf. Es wird offen gegen Atomenergie demonstriert und ein Schweigemarsch zur Maidemonstration organisiert. In der Nikolai-Kirche zu Leipzig finden die Friedensgebete statt.

Im Ausland brodelt es ebenfalls. In der CSSR wird der Dissident Vaclav Havel nach Verbüßung seiner Strafe aus der Haft entlassen, in Rumänien wird der Dichter Roland Kirsch nach einem Verhör des Staatssicherheitsdienstes zu Hause tot aufgefunden.

Die Welt jedoch schaut auch nach China, wo die Studenten-Unruhen für Aufsehen und Ungemach sorgen. Auf dem Platz des Himmlischen Friedens haben sich Mitte Mai 3.000 Studenten zu einem unbefristeten Hungerstreik niedergelassen. Sie verbinden damit die Forderungen nach Demokratie und Freiheit in den Medien. Moskau verkündet Abrüstungen, Honecker will „seinen“ Sozialismus mit allen Mitteln verteidigen. *H. Diederich*

## EU-Parlament fordert gleiche Bewertung der Diktaturen

Um dem Gedenken an die Opfer aller Diktaturen gerecht zu werden, hat das Europäische Parlament in einem Beschluss gefordert, den 23. August eines jeden Jahres zum Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes zu machen. Der Beschluss wurde im Parlament mit 553 Ja-, 44 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen als Entschließung „zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ angenommen. Damit werden – auch wenn das linke Kräfte und Parteien weiterhin verhindern möchten – in den demokratisch regierten Ländern Europas die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur gleichgesetzt. In ihrer Entschließung bekundeten die Abgeordneten ihren Respekt vor den Opfern und bezeugen Hochachtung gegenüber den Widerständlern der Tyrannei. Europa werde erst dann vereint sein, wenn es sich zu einer gemeinsamen Sicht auf seine Geschichte einigen könne und Kommunismus, Nationalsozialismus, Faschismus als "gemeinsames Vermächtnis" anerkenne. Eine "ehrliche und tiefgreifende Debatte" über alle totalitären Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts müsse geführt werden. Notwendig seien ein gesamteuropäisches Dokumentationszentrum und nationale Forschungsstätten. Auch eine gesamteuropäische Gedenkstätte für die Opfer aller Diktaturen gehöre zur Aufarbeitung.

Der EU-Ministerrat und die EU-Kommissionen wurden aufgefordert, auch staatlich nicht gestützten Organisationen zu helfen – dies betreffe beispielsweise Russland.

Durch die VOS wurde der Beschluss ausdrücklich begrüßt. Der Opferverband sieht darin eine eindeutige Unterstützung seiner Position hinsichtlich der gleichrangigen Wertung von NS-Zeit und Stalinismus-Ära. *T. Haltern*

### Wir trauern um

**Gisela Brünicg  
Werner Fiedler  
Fritz Recknagel  
Georg Schwerdt  
Elfriede Krzenciessa  
Jürgen Oels**

**Bezirksgruppe Ulm  
Bezirksgruppe Weimar  
Bezirksgruppe Suhl  
Bezirksgruppe Magdeburg  
Bezirksgruppe Chemnitz  
Bezirksgruppe Berlin**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Termin- und Suchmeldungen

### Militärgefängnis Schwedt (Oder) ZDF-Blickpunkt sucht Zeitzeugen

Das Militärgefängnis in Schwedt war für alle, die hier aufgrund von Verurteilungen wegen Verbrechen im Zusammenhang mit der „Nationalen Volksarmee“ der DDR ihre Haft verbüßen mussten, eine schreckliche Erfahrung. Bis heute halten bei vielen Ex-Häftlingen die Traumatisierungen durch die unmenschlichen Haftbedingungen an. Über das Erlebte zu sprechen, ist ihnen (wie vielen anderen im SED-Regime unschuldig inhaftiert Gewesenen) nicht möglich. Dies mag einer der Gründe sein, dass hier bisher keine hinreichende Aufarbeitung erfolgt ist und Zeitzeugen (außer durch die VOS und die Fg) kaum beachtet wurden und sich in der Öffentlichkeit nicht äußern konnten.

Nun wird seitens des Brandenburgischen Kulturministeriums erwogen, in Schwedt eine Gedenkstätte einzurichten, da man offenbar erkannt hat, dass hier ein wesentlicher Bedarf in Sachen Aufarbeitung besteht. Das Ministerium hat daher einen Entwurf für das Konzept „Geschichte vor Ort“ zur Diskussion in Schwedt angeregt, damit die „blinde Flecken“ in der Geschichte ausgefüllt werden können. Die CDU-Fraktion im Landtag, die sich für das Projekt der Aufarbeitung einsetzt, möchte sich an der Aufarbeitung beteiligen und sucht daher Zeitzeugen. Ebenfalls geht es um Vorschläge zur Gestaltung einer Gedenk- und Informationsstätte. Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Wieland Niekisch kündigte daher sein persönliches Engagement bei der Durchsetzung des Projekts an, da es sich um ein Stück Erinnerungskultur des Landes Brandenburg handele. Jeder, der bei der NVA Dienst getan hat, so Niekisch, wisse um Schwedt als „Inbegriff für Angst und Schrecken“.

Unterstützung erfährt das Projekt erfreulicherweise durch ein Redaktionsteam des ZDF, das nunmehr auf der Suche nach Zeitzeugen ist. Durch Interviews und Rückblicke sollen ein oder mehrere Sendungen zum Thema Militärgefängnis in der Sendung Blickpunkt ausgestrahlt werden. Auch hierzu werden ehemals Inhaftierte gesucht, die über ihre Erfahrungen berichten sollen.

Wer sich als Zeitzeuge zur Verfügung stellen möchte, bitte in der Bundesgeschäftsstelle der VOS melden. Von hier aus erfolgt die Weitervermittlung an die Initiatoren.

*Hugo Diederich*

### Gedenkfeier in Darmstadt

Der VOS-Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz führt am

**17. Juni 2009 ab 17.30 Uhr**

eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung in Anwesenheit von Vertretern der Landesregierung Hessen und der Stadt Darmstadt durch. Dazu sind alle Interessierten ganz herzlich eingeladen. Der Ort der Veranstaltung ist der

**Gedenkstein für den 17. Juni 1953  
auf dem Platz der Deutschen Einheit im Bereich  
des Bahnhofsvorplatzes des Bahnhofs  
Darmstadt (Haupausgang).**

Für Rückfragen und Auskünfte stehen

Arno Selten (069 583217),

Gerd Franke (06732 930309) und

Ehrhard Göhl (06151 452866) zur Verfügung.

*Der Vorstand des Landesverbandes Hessen/Rheinland-Pfalz*

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**A 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax : 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

**Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38**

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

**Redaktion und Satz:** Alexander Richter

**Redaktionsanschrift:** Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de)

Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),

Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

### Beiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr                          | 2,60 €  |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke |         |
| - alte Bundesländer                        | 45,00 € |
| - neue Bundesländer                        | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner            | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke       | 24,00 € |

### Internetseiten der VOS und Links unter

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

Die nächste Ausgabe (680) erscheint: Juni 2009.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 679: 20. Mai 2009